Wasserstoffwirtschaft

Politik muss Regeln setzen

[10.03.2020] Die Verbände DWV, VDMA und VKU fordern die Bundesregierung dazu auf, ein Marktdesign für den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft zu schaffen. Dazu müsse auch der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden.

Der Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV), der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordern die Politik auf, die Entwicklung eines Wasserstoffmarkts besser zu unterstützen. Zwei zentrale Hemmnisse gibt es nach Ansicht der Verbände hinsichtlich eines Einstiegs in die Wasserstoffwirtschaft. Zum einen müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden, damit genügend grüner Strom zur Herstellung von Wasserstoff zur Verfügung steht. Zum anderen gelte es nun, ein Marktdesign für den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft zu schaffen. Hierzu gehöre, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie II (Renewable Energies Directive oder RED II) schnell in nationales Recht umzusetzen und eine Diskriminierung oder einen Ausschluss einzelner Sektoren bei der Nutzung von Wasserstoff und Power-to-X-Technologien zu vermeiden.

Werner Diwald, Vorstandsvorsitzender des DWV, erklärt: „Die Nationale Wasserstoffstrategie bietet die Chance kurzfristig Leitplanken für die effiziente Markeinführung des grünen Wasserstoffs zu setzen. Nur mit einem Marktdesign, das die Nachfrage im Verkehr nach grünem Wasserstoff und deren Folgeprodukte noch in 2020/2021 anreizt, wird die Bundesregierung die Voraussetzungen zur Sicherung und zum Ausbau der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und Industrieführerschaft einer deutschen Wasserstoffindustrie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene schaffen."

Matthias Zelinger, klima- und energiepolitischer Sprecher des VDMA, weist darauf hin, dass das im Entwurf der Wasserstoffstrategie dargelegte Ziel von drei bis fünf Gigawatt Elektrolyseleistung schon bis zur Mitte des Jahrzehnts erreichbar sei und die Anlagenbauer die dafür notwendigen Elektrolysekapazitäten liefern könnten. Zelinger warnt allerdings: „Wer auf der einen Seite grünen Wasserstoff möchte, darf andererseits den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht abbremsen."

Nach Ansicht von Michael Wübbels vom VKU kann Wasserstoff kurzfristig vor allem im regionalen Kontext einen Beitrag zur Energiewende leisten. Eine wichtige Rolle spiele dabei zunächst vor allem der gezielte Einsatz von Wasserstoff im Verkehrs- und Industriesektor. Entscheidend sei jedoch, dass die geplante Wasserstoffstrategie langfristig auch andere Sektoren miteinschließt. „Für die Stadtwerke ist der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Wärmeversorgung eine zentrale Aufgabe. Hier kann der Einsatz von Wasserstoff – insbesondere in hocheffizienter KWK – einen wesentlichen Beitrag für die Wärmewende leisten", erklärt der stellvertretende VKU Hauptgeschäftsführer.

(al)

Stichwörter: Politik, Wasserstoff